

Warnung!!

Antwort an Keudell!

Reichstreffen des KFB am 27. Mai in Berlin

Berlin, 26. April. (Eigene Drahtmeldung)
Die Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes sahte nach Ausfertigung der Wahlen zum 20. Mai den Beschluß, das ursprünglich auf den 27. Mai festgelegte 4. Reichstreffen zu verschieben. Die Bundesführung kam in einer gestern mittags gehaltenen Sitzung nach Ueberprüfung der gesamten politischen Lage zur Ueberzeugung, daß dem Ersuchen zahlreicher Gaue auf Abhaltung des Reichstreffens stattgegeben werden muß, und beschloß,

das 4. Reichstreffen zu Bingen nach Berlin einzuberufen.

Der Rote Frontkämpferbund lebt mehr denn je auf. Der Rote Frontkämpferbund läßt sich nicht verbieten. Auf zum 4. Reichstreffen!

Rotfrontkameraden!

Die Bundesleitung ruft zum Kampf. Der Wahlkampf muß von jedem KFB-Kameraden zur breitesten Mobilisierung gegen die Verbotsandrohungen benutzt werden. Alle Mann an Bord! Der Schlag, der gegen den KFB geführt werden soll, soll auch ein Schlag gegen die revolutionäre Partei des Proletariats werden. Schon treten die Polizeiführer, die Innenminister zusammen, um über den Angriff auf die revolutionäre Organisation der Arbeiter zu beraten.

Frontkämpferkameraden!

Gest die Reaktion die Antwort! Unterstützt die Partei des revolutionären Proletariats! Unterstützt die Wahlarbeit, den Wahlkampf der Kommunisten!

Mobilisiert die Massen für die Liste 5: Kommunisten!

Es ist erreicht!

Wir haben den Keudell gerettet!

„Kommunisten retten Keudell. Fort mit Keudell und seinen Helfern, den Kommunisten“ kreischt die sozialdemokratische Presse. Da soll noch jemand behaupten, daß wir nicht Arm in Arm mit den Deutschnationalen gehen. Jetzt ist es also heraus. Wir, ausgerechnet wir, haben diesen Verräter gerettet! Und wie ist es uns gelungen? Ganz einfach. Nachdem wegen seines schändlichen Streiches gegen den Roten Frontkämpfer-Bund sich nicht nur seine engsten Komplizen von ihm „abgelehrt“ hatten, nachdem der Reichstagsminister als Pontius Pilatus unübertrefflich aufgetreten war, nachdem sich die ganze Reichsbannerfront wie ein Mann mit dem Verfassungsparagraphen auf den übermäßig gewordenen Keudell gestürzt hatte, nachdem dieser arme Mann so gut wie erledigt war, da kamen die Kommunisten und stellten ihn wieder auf die Beine. Kannst du jetzt noch zaudern, lieber Wähler, gehe hin und stimme für die wahren Vertreter deiner Interessen. Stimme für die Sozialdemokratie und ihre preußische Koalitionsregierung! Diesen einzigen Hort der Freiheit, den es jetzt noch gibt in Deutschland.

So und nicht anders argumentiert buchstäblich die sozialdemokratische Presse, nach dem missglückten Ausgang, des ersten Aktes der linksrepublikanischen Einspruchskommission gegen das Rote-Frontkämpfer-Verbot, nach dem Beschluß des Ueberwachungs-ausschusses des Reichstages für Herrn Keudell. So schämt sie ihre Leser ein! Wir dagegen halten selbst die sämtlichen im Zentrum gehaltenen sozialdemokratischen Arbeiter für klug genug, als daß es nötig wäre, den greisenhaften Schwindel auch nur mit einem Wort zu widerlegen, mit dem die altersschwache Führung der Sozialdemokratie, glaubt, Wählerjagd betreiben zu können. Aber einige Worte über die Vorgänge im Ueberwachungs-ausschuss werden dennoch von Nutzen sein, weil, was sich dort abgespielt hat, ein neuer aufschreiender Beitrag über die Rolle des Parlamentarismus zur Vertuschung der tatsächlichen Verhältnisse der gegenrevolutionären Banditen gegen die Arbeiter ist, die mit dem Bürgerblock in Deutschland herrschen.

Nachdem der Proteststurm der Arbeiter in Deutschland gegen das Rote-Frontkämpfer-Verbot eingeleitet hatte, konnte man tagelang in der ganzen Rechts- und Linksbürgerlichen Presse (ausgenommen nur die Deutschnationalen) große Erwartungen über die bevorstehende Zurechtweisung des Herrn Keudell durch den Ueberwachungs-ausschuss des Reichstages finden. Die Kommunisten hatten den Ausschuss einberufen lassen, da das im Augenblick die einzige Möglichkeit war, von einer offiziellen Tribüne aus den Massen zweierlei zu zeigen:

1. die Tatsache der gemeinsamen Aktion aller Bürgerblockparteien einschließlich der Sozialdemokraten mit Herrn Keudell, und 2. die illusorische Erwartung breiter Arbeiterkreise mit parlamentarischen Mitteln könnte gegen den Angriff auf die Arbeiterklasse auch nur das geringste erreicht werden.

Die Tagung des Ueberwachungs-ausschusses hat Klarheit geschaffen. Ein Teil des Wanders der Reichsbannerparteien ist durchkreuzt. Deshalb der Wutausbruch der SPD. Wir wiederholen in aller Kürze, was die ersten Meldungen über die Sitzung bereits ausführlich schilderten: Im Ueberwachungs-ausschuss stimmten alle, wohlgerichtet alle bürgerlichen Parteien, auch das Massen-zentrum, auch die Gelbladendemoskraten, die nebenbei bemerkt, jetzt in der Wahl besonders radikale Töne anschlagen, da sie wenig zu verlieren haben, gegen den kommunistischen Antrag, das Verbot Keudells sofort aufzuheben. Ganz ausdrücklich aber solidarisierten sich Deutschnationalen, Deutsche Volksparteier und Bayerische Volksparteier mit dem Innenminister. Die Ideal-Rundschau berichtet nur nadie Tatsachen wenn sie über das „Klischee des Reichstagsüberwachungs-ausschusses“ schreibt: „Sie sprachen (gleich bei Beginn der Sitzung, D. Red.) dem Ausschuss die Belugnis ab, den Reichsinnenminister zu interpellieren, ein Mißtrauensvotum zu herbeizuführen, oder einen Beschluß zu fassen, der gegen das Ressortrecht des Reichsinnenministers gerichtet sei.“ Sie unterstützen weiter die Tatsache, daß Keudell „in Uebereinstimmung mit dieser Auffassung jede nähere Auskunft über seine Aktion verweigerte“. Damit war dem Ausschuss die Möglichkeit verweigert,

Der Spiegel der SPD



Reichstagsminister

sich materiell mit der Verfügung des Reichsinnenministers zu beschäftigen.

Was sollte also dann noch der parlamentarische Antrag? Er sollte genau zum gleichen Zwecke angenommen werden, zu dem die 14 Heiden in den Länderregierungen ihren „Einpruch“ erhoben, nachdem sie genau so, wie das Zentrum das nicht nur für ein Frontkämpferverbot, sondern auch für ein Verbot der KFB eintritt, in Wirklichkeit im Kampfe gegen KFB und KPD dem Bürgerblockminister vorgezogen waren. Zum Zwecke der Massenberuhigung, um ihnen das Theater eines Komplexes der „Demokratie gegen die Reaktion“ vorzumachen! Dieses Theater haben die Kommunisten durchkreuzt. Deshalb stimmten sie gegen den Antrag, der übrigens zunächst als jede andere Parteioption „für“ den Frontkämpferbund von den Reichsbannerleuten in der letzten Zeit, nur von vorübergehenden Aufschwüngen der Arbeiterklasse unterwirft. Daß ein solcher Beruhigungsbeschluß, der sich schließlich gegen die Wahlarbeit der Massen ausgewirkt hätte, nicht zulässig kam, — das nennt der Keudell — „Actus Keudell!“ Es wäre an der Zeit, daß die einseitigere Partei, genannt sozialdemokratische Wahlpropaganda, sich um einen Vorwand umhert und ein wenig vernünftig löst.

Nach der Tagung des allseitigen Ueberwachungs-ausschusses aber gilt es für die Werktätigen um so mehr: mit allen Kräften die revolutionäre Partei unterstützen, mit allen Kräften den KFB zu verteidigen, gemeinsam in Massen in KFB und KPD unter Schonungslosigkeit dem sozialdemokratischen Schwindel, der eine wirkliche Verteidigung der Arbeiterklasse nur verhindern will.

Angriff auf das revolutionäre Proletariat

Legaler Faschismus in Vorbereitung

Die Morgenpresse meldet heute früh:

Am Freitag beginnt im schäblichen Innenministerium eine Vandalenkonferenz, zu der der Reichskommissar für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung die politischen Abteilungen der Innenministerien der Länder eingeladen hat. Auf dieser Konferenz, die schon seit längerer Zeit vorbereitet ist, wird über die Lage der radikalen Parteien berichtet. Zweifelslos wird diesmal das Verbot des Roten Frontkämpferbundes im Mittelpunkt der Überlegungen stehen.

Diese Konferenz der Polizeichefherren des Schmutzkapitals soll darüber beraten, wie das eventuelle Verbot des KFB in der KPD am besten und unbedenklich durchzuführen werden kann. Die Praktiker des weißen Terrors kommen zusammen, um den mit der Verbotsandrohung gegen den KFB begonnenen Kampf gegen das revolutionäre Proletariat weiterzuführen. Der nächste Schlag gilt der revolutionären Partei des Proletariats.

Die Verhandlungen des Ueberwachungs-ausschusses des Reichstages haben den Schwindel der SPD, daß es sich bei dem Verbot des KFB nicht um eine parteipolitische Maßnahme des deutschnationalen Innenministers sondern um einen Angriff der gesamten Bürgerblockfront, einschließlich der SPD gegen das revolutionäre Proletariat handelt.

Das revolutionäre Proletariat demonstriert mit der kommunistischen Partei

Aufmarschplan zur Maidemonstration

Dresden: Stellen 11,30 Uhr am Restaurant Stadt Dresden, Dörmiger Straße, Abmarsch: Lübecker Straße bis Dörmiger, dort Aufruf an die Arbeiter.

Leipzig: Stellen 12 Uhr Dörmiger, Abmarsch durch Lübecker, Werner-, Köstner-, Siemens-, Freiberger Straße, Freiberger Platz.

Freiburg: Stellen 12 Uhr Hohenthalplatz, Abmarsch: Kornwerk, Schäfers, Wetliner, Silfstrasse, Freiberger Platz (Zusammenreffen mit Köstner Zug), Annenstraße, Am See, Dippoldsdorfer Platz, Ringstraße, Seestraße, Altmarkt.

Stettin: Stellen 13 Uhr Marktgraben-Heinrich-Platz, Abmarsch: Meierstraße, Holbeinstraße, Dörmiger, Holbeinstraße, Holbeinplatz, Mathildenstraße, Gröner Straße, Pirnaischer Platz, Johannstraße, Altmarkt.

Johannstadt: Stellen 13,30 Uhr Dörmiger, Schließt sich dem Zug von Stettin an.

Keulsdorf: Stellen 12 Uhr Bischofsplatz, Abmarsch: Bischofsweg, Görlitzer, Markgrafen-, Kurfürstenstraße, Albrechtsbrücke, Salmplatz, Markgrafen-, Amalien-, Johannstraße, Altmarkt.

Neustadt-West: Stellen 12 Uhr Leisniger Platz, Abmarsch: Torgauer, Bürger-, Köstner-, Leipziger, Kaiserstraße, Wilhelmplatz, Gr. Meißner Gasse, Augustusbrücke, Schloßstraße, Altmarkt.

Abmarsch des Gesamtzuges 14,15 Uhr ab Altmarkt: Johannstraße, Moritzring — Kathausplatz — Markgrafenstraße — Kietzelsstraße — Holbeinstraße — Meierstraße — Markgrafen-Heinrich-Straße — Wormser Straße — Schandauer Straße — Pörschener Straße — Heptelstraße.

Die Maidartie der KPD gilt als Einladung zu den Veranstaltungen auf dem Stadlon Ost, Heptelstraße.

Massen heraus!

Wahlbündnis Dumas-Boncaré gegen die Kommunisten

Paris, Gemäß den bisherigen Ausführungen der sozialistischen und linksbürgerlichen Blätter haben nunmehr die Sozialisten in ihren geistigen Konferenzen endgültig beschloßen, gegen den Kommunismus von jeder Wahlunterstützung im zweiten Wahlgang abzusehen. In einigen Wahlkreisen sollen zwar die sozialistischen Kandidaten zurückgezogen werden, doch will man den Wählern nicht empfehlen, für die Kommunisten zu stimmen. Dagegen wollen die Reformisten überall da, wo bürgerlich-radikale Kandidaten Aussicht haben gegen die Kommunisten durchzukommen, diese bürgerlichen Kandidaten unterstützen. (!) Unter anderem hoffe man, daß dies in Velle gelangt. Für Paris und das Seine-Departement werden sämtliche sozialistischen Kandidaten gegen die kommunistischen, die überall bei der ersten Wahl die meisten Stimmen, oft das Mehrfache, wie die Sozialdemokraten erhalten haben aufrechterhalten. In diesem Vorgehen hat eine geistige Konferenz auch beschloßen, daß der Führer der französischen Sozialdemokratischen Partei, Leon Blum, der in einem Pariser Wahlkreis gegen unehren Gesellen Duclos mit 1700 Stimmen in der Winderheit blieb, trotzdem er nach der ersten Wahl am vergangenen Sonntag die Erklärung abgab, nunmehr zugunsten Duclos zurückzutreten, auch bei der Stichwahl am kommenden Sonntag seine Kandidatur aufrechterhält, obwohl man die starke Befürchtung hat, daß er zum zweiten Male einen Durchfall erleidet.

In Bezug auf die sozialdemokratischen Kandidaten des Pariser Wahlbezirks beschloß die sozialdemokratische Führerschaft die Zurücknahme der Kandidaturen, ohne der sozialdemokratischen

Gegen Rot-Front-Verbot

Die Arbeiter proletarischen

Resolution

Die am 21. April 1928 erlassene (einer vom KFB vorgelegten) Resolution des Reichstages über die Verbotung des Roten Frontkämpferbundes ist entschieden gegen das vom Reichsinnenminister beschlossene Verbot des Roten Frontkämpferbundes.

Sie fordern alle Werktätigen in Stadt und Land auf, sich in den roten Klassenfront zusammenzuschließen, um somit die Angriffe der Bourgeoisie entschieden abzuwehren zu können.

Protektionresolution

Die am 21. April 1928 im Gethhof Dresden-Neubau tagende Zentralversammlung der Volkspartei des Sachsenwerkes Niederfeldig erhebt ihr ersten Protest gegen das vom Reichsinnenminister von Keudell angeordnete Verbot des Roten Frontkämpferbundes.

Das Verbot, welches mit der Befreiung des Genossen Braun aus dem Moabit Gefängnis begründet wird, stellt eine Provokation der gesamten Arbeiterklasse dar.

Die Verammlung ist sich bewußt, daß, wenn dieses Verbot durchgeführt ist, sich weitere Verbote von Arbeiterorganisationen anschließen werden und Deutschland so in ein zweites Mussolini-Italien umgewandelt werden soll, um dann mit Hilfe aller kapitalistischen Staaten gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt, die Sowjetunion, zu marschieren.

Die Versammlung gelobt alle Kräfte einzusetzen und alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um derartige Vandalentaten, der in den letzten Tagen liegenden Bürgerblockregierung, zu verhindern und fordert von der deutschen Regierung, daß sie bei der Reichsregierung sofort energische Schritte gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes unternimmt.

Der weiße Terror, der sich jetzt gegen die Partei der revolutionären Arbeiter richtet, hält aus zum Gesamtanschlag. Die Konföderation signalisiert die Lage. Die Unternehmer wollen die Ausbeutung steigern, keine Lohnerhöhung, keine Arbeitszeiterhöhung, stärkere Anwendung der Schließungsmaßnahmen, das sind die Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet.

Das vorbereitete Verbot der gesamten revolutionären Bewegung zeigt aber auch, wie nahe herangerückt die Gefahren eines neuen imperialistischen Krieges sind.

Die Maßnahmen des Verbots der deutschen Imperialisten gegen die Sowjetunion treten in ein akutes Stadium.

Solche Imperialität ist die gesamte Arbeiterklasse ist das Gebot der Stunde.

Die Antwort der Arbeiter auf die Verbotsandrohung muß sein: Massenentzug in die KPD, Abkehr vom Reformismus, Sofort und überall heißt es: hinter die Partei der Arbeiter, den Klassen, die einzige Partei des Klassenkampfes, die KPD, steht in der Führung des Wahlkampfes die beste Antwort.

Unterstützt die kommunistische Partei.

Zeichnet für den Wahlfonds.

Am 1. Mai demonstriert unter dem Banner Lenins.

Am 20. Mai wählt Liste 5, Kommunisten.

Wahlerschaft die Stimmabgabe für einen Kommunisten aufzu-erlegen. Leon Blum wird gegen Duclos kandidieren. In über 200 Wahlkreisen ist zwischen der Sozialdemokratie und der parlamentarischen Regierungspartei Herricht ein gegenseitiges Wahlbündnis abgeschlossen worden. Die bürgerlichen Linksabteilungen werden von den Sozialdemokraten gegen die Kommunisten unterstützt. Die bürgerliche Presse schreibt offen, daß sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien des ehemaligen Wahlbündnisses ausschließlich zum Kampf gegen die Kommunisten zusammenschließen. Inzwischen sind durch bürgerliche Wahlbündnisse die Grenzen zwischen den sogenannten Linksabteilungen und Boncaré vollkommen verwischt. So meldet das Berliner Tageblatt: „Der Beschluß, die Kandidaturen zugunsten der Republikaner zurückzugeben, die gegen die Kommunisten kandidieren, den Radikalen und Sozialdemokraten eine Anzahl von Stimmen.“

Wer den Wahlkampf führt

München, 26. April. (Eigene Drahtmeldung)

Gestern abend wollte Dr. Stresemann in einer öffentlichen Versammlung der Volkspartei sprechen. Lange vor Beginn der Versammlung hatten die Nationalsozialisten das Lokal belegt. Mit Trillerpfeifen, proklamatorischen Ausrufen und Abklängen von Redern hörten sie die Rede Dr. Stresemanns, so daß Dr. Stresemann vorzeitig abtreten mußte. Die Polizei räumte schließlich den Saal.

Während in Preußen der sozialdemokratische Innenminister das Verbot der Nationalsozialistischen Partei aufhebt, soll der Rote Frontkämpferbund verboten werden.

Kampf in der Tafelglasindustrie Brand-Erbisdorf

In Brand-Erbisdorf sind am 1. April 200 Glasarbeiter in den Ausstand getreten. Die Lohnverhandlungen hatten für die Arbeiter äußerst geringe Ergebnisse erzielt. Den Unternehmern war aber auch das schon ungenügend, und sie entwarfen mit der Schließung der Betriebe.

Am 20. März wurde in den Hütten ein Ausschuss bekanntgegeben, der im wesentlichen besagt, daß ab 1. April die Lohnzusatzgabe von 1,50 Mark und 35 Zentner Kohle pro Jahr in Tägeln kommen. Nach dieser „Berufung“ werden die Glasarbeiter mit 25 Prozent und die Hilfsarbeiter mit 10 Prozent Lohnabbau bedroht. Zugleich wurde den Arbeitern die Kündigung für den 14. April angekündigt.

Die Glasarbeiter gaben darauf die einzige richtige Antwort, indem sie sofort die Arbeit niederlegten und nicht erst den Ablauf der Kündigungsfrist abwarteten. Es streikten etwa 200 Mann.

Schweres Grabenunglück in Oberbayern

München, 25. April. Das Landesbergamt teilt mit: Am 25. April mittags sind auf der Kohlengrube Marienfeld in Oberbayern bei Benutzung einer für Mannschaften nicht zugelassenen Förderleitung 6 Mann tödlich verunglückt. Ein Mann wurde schwer verletzt. Die behördliche Untersuchung ist im Gange.

Tragischer Tod eines Kindes

Koblenz, 24. April. Am die Mittagsstunde ereignete sich an der hohen Bahndämmung in Koblenz ein schmerzlicher Unglücksfall, der den Tod eines 12-jährigen Knaben veranlaßte. In der Bahndämmung, die von einer hohen Mauer umgeben ist, waren etwa 200 Mann Schotter für die Bahnlinie angeliefert worden. Beim Vorüberfahren eines Zuges gab die Mauer nach und die gewaltige Schottermasse verdrängte einen 12-jährigen Knaben, während im gleichen Augenblick eine große Anzahl anderer Kinder, die nach hinten sprangen, von der Mauer weggeschleudert wurden und schwer verletzt wurden. Die sofort nach dem Verdrängen des Kindes gruben, konnten nur noch die zerstückelten Leiche bergen.